



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/261 - 12. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24631-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Ergebnis von Rheinland-Pfalz	S. 1
Widerspruchsvolle Wahl/Bericht aus den USA	S. 3
Umstrittene Verteidigungslast	S. 5
Rundfunk als politischer Machtfaktor	S. 7

Ein neuer grosser Erfolg

sp. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz hat am vergangenen Sonntag bei den Wahlen zu den kommunalen Parlamenten der Sozialdemokratischen Partei ein klares Vertrauensvotum gegeben. In den meisten Städten und Landkreisen ist die SPD an die Spitze gerückt, in zahlreichen Städten und Landkreisen hat sie darüber hinaus die absolute Mehrheit errungen. Wo die absolute Mehrheit bereits vorhanden war, konnte die SPD ihre Position noch wesentlich verbessern. Für die Beurteilung des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz ist entscheidend, dass die CDU nicht mehr wie bei früheren Wahlen die zum Ausdruck gekommene absolute Vormachtstellung besitzt. Das Wahlergebnis hat mit der Meinung aufgeräumt, Rheinland-Pfalz könne für alle Zeiten die "uneinnehmbare Zwingburg Adenauers und Altmeiers" bleiben. Dies zeigt, dass die Zeit vorüber sein dürfte, in der man kühn behauptete, nur die CDU sei eine "christliche Partei".

Eine Analyse der einzelnen Wahlkreise zeigt, dass die Wähler der Sozialdemokratischen Partei in allen Orten und Kreisen, wo sie bereits in den vergangenen Jahren massgeblich an der Aufbauarbeit beteiligt waren, ganz ostentativ ein noch grösseres Vertrauen entgegenbrachten, als bei früheren Wahlen. Die Wähler haben also die Aufbauleistung anerkannt. Beispiele hierfür sind u.a. die Landeshauptstadt Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslautern. Besonders hervorzuheben ist Pirmasens, weil hier alle übrigen Parteien einen gehässigen Kampf gegen die SPD und gegen den amtierenden sozialdemokratischen Oberbürgermeister geführt haben.

Im Gesamtergebnis des Landes, alle Stimmen zusammengerechnet, - 2 -

ergibt sich daher die Tatsache, dass die SPD in ihrem Stimmenanteil auf 39,6 % gestiegen ist, gegenüber früher 33,4 % im Jahre 1952, 27,2 % bei den Bundestagswahlen und 31,7 % bei den Landtagswahlen 1955. Die SPD ist damit der CDU im Lande bis auf 1,5 % nahegerückt, die CDU rutschte nämlich von 52,1 % (1953) auf 41,1 % (1956). Die CDU konnte durch die Erhöhung der Wahlberechtigten den Anteil der Stimmen um einige Tausend erhöhen. Die FDP hat sowohl an Prozenten als auch an Stimmen verloren. Sie verfügt nur noch über 12,3 %. FVP und BHE fielen wegen Nichterreicherung der 5 %-Grenze unter den Tisch. Eine Übersicht über den Anteil der freien Wahlgruppen ist abschliessend noch nicht möglich; ihr Erfolg ist örtlich bisher unterschiedlich.

Ähnlich wie bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen wird man angesichts des hiesigen Erfolges der SPD in Rheinland-Pfalz bei deren Gegnern wahrscheinlich wieder den Versuch machen, den Stimmenzuwachs auf das Verbot der KP zurückzuführen. Eine kurze Aufrechnung zeigt jedoch, dass eine solche Behauptung nicht zutrifft. 1952 verfügte die KP im ganzen Land nur über rund 3 % der Stimmen. Vielerorts konnte man jedoch feststellen, dass Kommunisten überhaupt nicht zur Wahl gingen oder weisse Zettel abgaben. Diese Tatsache und der hohe Stimmenzuwachs der SPD machen jene Unterstellung, der SPD-Erfolg sei mit kommunistischen Stimmen erzielt, gegenstandslos.

Zahlreiche Beobachter des In- und Auslandes, aber auch sehr viele Presse- und Rundfunkkommentatoren hatten in den letzten Tagen durchblicken lassen, die jüngsten internationalen Ereignisse könnten die Bevölkerung veranlassen, sich wieder Adenauers Politik der sogenannten Stärke zuzuwenden. Die CDU versuchte dies zu unterstützen, ihre Wahlplakate behaupteten gestern "Ungarn mahnt, wählt CDU". Das Ergebnis von Rheinland-Pfalz zeigt, dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist.

Sieg Eisenhowers - Niederlage der Republikaner

O.L., New York, Mitte November

So grotesk es klingen mag: die Entscheidung der amerikanischen Wähler bedeutet den denkbar grössten Sieg für Eisenhower und die schwerste Niederlage, die seine Partei erleiden konnte.

Noch niemals in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat es sich bisher ereignet, dass ein siegreicher Präsidentschaftskandidat nicht in der Lage gewesen wäre, die Mehrheit seiner Partei auch in den beiden gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen. Auch Präsidenten, die mit viel kleineren Mehrheiten siegten, wie etwa Truman im Jahre 1948, hatten Mehrheiten ihrer Partei im Kongress. Eisenhower brachte dies nicht zustande. Die Demokraten als Partei und die demokratischen Kandidaten in den Staaten und den einzelnen Wahlbezirken waren imstande, sich gegenüber Eisenhowers Popularität zu behaupten. So überwältigend Eisenhowers persönliche Popularität ist, so unpopulär ist seine Partei. Wenn sie nicht einmal mit seiner Hilfe eine Mehrheit im Kongress erreichen konnte, so bedeutet das die denkbar schärfste Verurteilung der Republikaner.

Es ist ein groteskes Wahlergebnis. Stevenson sagte im Wahlkampf immer wieder: "Dies ist keine Schönheitskonkurrenz und kein Popularitätswettbewerb, dies ist eine Wahl." Aber soweit es auf die Präsidentschaft und insbesondere Eisenhower ankam, war es nichts als ein Popularitätswettbewerb. Und die Wähler entschieden nach dem Grundsatz "I like Ike", aber sie wiesen zugleich alle politischen Ratschläge zurück, die "Ike" ihnen gab und sie setzten ihrem Liebling einen Kongress entgegen, in dem die Oppositionspartei noch stärker ist als bisher - vor dem Erdstuss für Eisenhower.

"Ikes" Popularität - aber Einflusslosigkeit

Ebenso haben die Wähler fast alle engen Freunde Eisenhowers abgelehnt. Die Opfer des Kampfes um den Senat sind auf der Seite der Republikaner gerade die Kandidaten, die Eisenhowers älteste politische Freunde waren und um deren Wiederwahl er sich persönlich bemühte. Sein Innenminister, der zurücktrat, um den bei den Republikanern am meisten verhassten Senator Morse zu besiegen, ist unterlegen.

Die Farmer haben in wichtigen Staaten des Mittelwestens revoltiert und in zwei Zentren der amerikanischen Landwirtschaft, die alte republikanische Stützpunkte sind, in Iowa und Kansas, nach Jahren zum ersten Mal demokratische Gouverneure gewählt. Auch sonst zeigen die Ergebnisse der Kongresswahlen, dass im Mittelwesten grosse Unzufriedenheit mit der Eisenhower'schen Agrarpolitik besteht. Aber die Farmer haben mit grossen Mehrheiten den Präsidenten, der für diese Politik verantwortlich ist, wiedergewählt.

Soweit sich die Wahlergebnisse bereits übersehen lassen, kann man feststellen, dass in den grossen industriellen Zentren die überwiegende Mehrheit der Arbeiter gegen die Republikaner gestimmt hat und dass sich die Stärke, die die Demokraten im Norden und Westen bei den Kongress- und den Gouverneurswahlen zeigten, im wesentlichen auf die politische Aktivität der Gewerkschaften zurückzuführen war. In Pennsylvania wäre der Sieg des fortschrittlichen Kandidaten gegen Eisenhowers engsten politischen Kampfgenossen nicht möglich gewesen, wenn nicht die Stahlwerks- und die Bergarbeiter so gestimmt hätten wie die Gewerk-

schaften ihnen empfohlen. Und doch - die politische Tätigkeit der Gewerkschaften, so wirksam auf der Ebene der Kongress- und lokaler Wähler, hat sich offenbar gegenüber Eisenhower nicht durchgesetzt. Die Arbeiter glaubten Eisenhower nicht, wenn er ihnen immer wieder sagte, wie arbeiterfreundlich der "moderne Republikanismus", wie er es nannte, geworden sei.

Man wechselt Pferde nicht mitten im Strom ...

Was sind die Gründe dafür - ausser dass der amerikanische Wähler seine Unabhängigkeit gern sich selbst beweist, indem er für den Mann und nicht für die Partei und am liebsten für eine populäre Vaterfigur stimmt?

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Verschärfung der welt-politischen Lage und die Notwendigkeit, in einer solchen Lage nicht die Regierung zu wechseln und insbesondere den "General" im Dienst zu belassen, den letzten und entscheidenden Anstoss zu Eisenhowers überwältigendem Sieg gab. Auch das war eine merkwürdige Wendung der Wahlkampagne: bis etwa anderthalb Wochen vor der Wahl begründete Eisenhower seine Kampagne mit dem Argument: alles geht gut - warum etwas verändern? Als sich die von ihm und den Republikanern verhönten Warnungen Stevensons und der Demokraten, dass es durchaus nicht so gut gehe wie Eisenhower behaupte und dass das Land sich doch nicht einschläfern lassen solle, durch die traurige Entwicklung im Nahen Osten und in Ungarn bestätigt wurde, war die Antwort des amerikanischen Durchschnittswählers: jetzt kann man keine Veränderung in der Regierung vornehmen. Und Eisenhower gewann offenbar Millionen Stimmen, weil die Aussenpolitik eine so kritische Situation geschaffen oder zugelassen hatte. Eine zweifellos widerspruchsvolle Entscheidung, aber durchaus nicht im Widerspruch mit früheren Wahlentscheidungen in kritischen Situationen: 1940 wählten die Amerikaner Franklin Roosevelt für eine dritte Amtsperiode - zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte, weil die Lage in Europa so kritisch war und 1944 wählten sie ihn - mitten im Kriege - wieder. Mitten im Strom wechselt man nicht die Pferde, sagt ein amerikanisches Sprichwort.

Was nun ?

Ein amerikanischer Präsident ist weniger als irgendein anderer demokratischer Regierungschef auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen. Trotzdem wird sich Eisenhower über Willen und Wünsche der Demokraten nicht ganz hinwegsetzen können. Schliesslich bedürfen die wichtigsten Ernennungen, die der Präsident vornimmt, der Zustimmung des Senates, und die Geldbewilligungen, die vom Kongress kommen müssen, bestimmen in mancher Hinsicht die Aktionen des Präsidenten. Auf der anderen Seite darf man sich nicht darüber täuschen, dass Eisenhowers Wahlsieg seine politische Macht wesentlich verstärkt hat, falls er von ihr Gebrauch machen will. Für die nächsten Monate, insbesondere auch für die Anfangsperiode des neuen Kongresses darf man eine Art von gemeinsamer Herrschaft des Präsidenten und der demokratischen Kongressmehrheit erwarten. Angesichts der schwierigen aussenpolitischen Situation dürfte sich nun nach den ahnen etwas wie ein Burgfriede entwickeln, eine Kooperation des Präsidenten mit dem demokratischen Kongress. Offenbar ist eine solche Zusammenarbeit das, was den amerikanischen Durchschnittswähler in dieser merkwürdigsten aller Wahlentscheidungen vorgeschwebt haben mag.

+ + +

Der neue Juliusturm

Von H.G. Ritzel, MdB.

Im Zusammenhang mit dem defizitären Entwurf des Bundeshaushaltsplanes für 1957, den der Bundesfinanzminister eingebracht hat und der nach Abschluss der Kabinettsberatungen demnächst mit Ausgleichsvorschlägen des Bundesfinanzministers und nach entsprechenden Beschlüssen des Kabinetts dem Bundesrat und anschliessend dem Bundestag zugeleitet werden wird, dürfte die Frage nach einem Ausgleich des Haushalts auch unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung in ihrem Vorschlag nicht ausreichend berücksichtigten sozialen Bedürfnisse erneut Entscheidungen ^{ver}langen, die angesichts der gesamten Finanzlage von besonderem Gewicht sein werden.

Der Bundesfinanzminister hat vor kurzem erklärt, der Juliusturm sei abgebaut. Das mag richtig sein und ist doch falsch zugleich. Richtig ist die Angabe zweifellos, soweit es sich um die Abrufung der Stationierungskosten durch die westlichen Kontrahenten des Pariser Vertragswerkes handelt, falsch dürfte die Ankündigung des Bundesfinanzministers insoweit sein, als in der Zwischenzeit auf Grund der Differenz zwischen Haushaltsansatz und tatsächlichem Verbrauch Reste des alten Juliusturms mit Guthaben des neuen Juliusturms zusammen eine erkleckliche Summe ergeben dürfte.

Es ist unbestreitbar, dass die tatsächlichen Ausgaben des Bundesverteidigungsministeriums nach dem Stand vom 31. 5. 1956 zu Lasten des Rechnungsjahres 1955 bei rund 9 Milliarden Etatsumme noch nicht 100 Millionen DM betragen haben. Sicherlich sind auf Grund der gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten ausgesprochenen Vorwegbewilligungen Bindungsverpflichtungen und Bindungsermächtigungen entstanden, die bei ihrer Durchführung den Kassenbestand wesentlich verringern werden; aber nach dem Stand von Ende September dieses Jahres sind auch aus den nahezu 9 Milliarden DM, die dem Bundesverteidigungsminister im Haushalt 1956 bewilligt wurden, kaum mehr als 500 Mio DM ausgegeben. Auch hier treten durch Vorwegbewilligungen und Bindungsermächtigungen erhebliche Inanspruchnahmen hinzu, wobei die Frage offenbleibt, inwieweit diese Vorwegbewilligung und Bindungsermächtigungen wirklich

in die Tat umgesetzt werden müssen.

Im Ganzen aber ist festzustellen, dass die rund 9 Mrd. DM des Haushaltsplans 1956 nur dann benötigt werden, wenn im früheren Ausmass weitergewirtschaftet wird. Ob dies geschieht, ist eine Frage, die in erster Linie von dem neuen Verteidigungsminister Franz Josef Strauss beantwortet werden muss. Vor dem Amtsantritt des neuen Verteidigungsministers und zu Zeiten des Herrn Blank war die Planung im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums so grosszügig, dass mit Sicherheit angenommen werden musste, dass die nach einem Wort des Finanzministers bereits in Frage kommenden 9 Milliarden DM noch nicht einmal ausreichen würden.

Es ist erinnerlich, dass der nunmehr abgetretene bisherige Bundesverteidigungsminister eine präzise Auskunft über die im laufenden Rechnungsjahr wirklich beanspruchten Mittel verweigerte. Damals bestand die Sorge, dass in diesen drei Rechnungsjahren bis zu 65 Milliarden DM für Verteidigungszwecke beansprucht werden sollten. Es war klar und es bleibt auch heute noch bei dieser Feststellung, dass ein solcher Betrag niemals von der deutschen Wirtschaft verkraftet und vom deutschen Steuerzahler getragen werden kann. Dem Vernehmen nach hat sich das Kabinett in Würdigung der mit einer Erhöhung der Summe von 9 Mrd. DM pro Jahr verbundenen Sorge, die nach unserer Auffassung auch geeignet sein müsste, die Währung zu gefährden, entschlossen, im Entwurf des Haushaltplans 1957 gleichfalls wiederum 9 Mrd. DM und zunächst nicht mehr einzusetzen.

Die kommenden Etatberatungen im Deutschen Bundestag werden Gelegenheit geben, die Frage der Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages erneut zu überprüfen. Es dürfte keinen Zweifel unterliegen, dass die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wiederum mit aller Energie dafür kämpfen wird, dass die Milliardenaufwendungen für das Ministerium Strauss zurückgebunden werden, um Mittel freizumachen, die vor allem zur Finanzierung der sozialen Aufgaben des Bundes erforderlich werden. Der Bildung eines neuen Juliusturms ist aus sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und währungspolitischen Gründen entschieden zu widersprechen; der Versuch, durch die Behauptung eines defizitären Haushalts notwendige Ausgaben, die im allgemeinen festliegen, zu streichen, muss durch eine Verringerung der Verteidigungsausgaben gegenstandslos gemacht werden.

14 Millionen hören Rundfunk

Während der politischen Unruhen in Ungarn zeigte es sich vor allem, welchen Machtfaktor überhaupt die Verfügungsgewalt über den Rundfunkbetrieb darstellt. Der Sender Budapest war für zwei Stunden in die Hände der Aufständischen gefallen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der Aufstand möglicherweise eine andere Wendung genommen hätte, wenn die Aufständischen den Sender Budapest noch länger hätten halten können, da die Rundfunksendungen die einzige Quelle der Information und damit auch der Massenlenkung waren (Evangelischer Pressedienst, Nr. 22, 1956)

Diese Feststellung regt dazu an, nachzuforschen, wie viele Menschen in der Bundesrepublik heute von der publizistischen Aussage des Hör- und Fernsehfunks erfasst werden. Zur Zeit sind im Bereich der Bundesrepublik 550 000 Fernseh- und 13,65 Millionen Rundfunkgeräte angemeldet. Diese Zahlen bieten jedoch nicht das genaue statistische Bild, wie viele Menschen in Westdeutschland Sendungen des Rundfunks empfangen. Unterstellt man, dass es kein Fernsehen gäbe, sind von montags bis freitags zwischen 20 und 21 Uhr rund 43 Prozent aller Empfänger eingeschaltet, also 5,87 Millionen. Vor jedem Lautsprecher sitzen nach Angaben der früheren WDR-Hörerforschung durchschnittlich 2,8 Personen, das sind 16,43 Millionen Zuhörer!

Es fragt sich nun, wie viele Menschen zur Zeit allabendlich vor dem Bildschirm sitzen. Von rund 550 000 gemeldeten Geräten sind 385 000 eingeschaltet, also 70 Prozent. Von jedem Gerät profitieren 3,6 Personen, im Winter 1953/54 waren es sogar vier Personen und 77 Prozent der Geräte waren eingeschaltet. Daraus ergibt sich, dass allabendlich 1 383 000 Menschen einer Fernsehsendung zuschauen. Hinzu kommen noch etwa 130 000 "Schwarzseher", die jedoch auch an der publizistischen Aussage des Fernseh-Rundfunks teilnehmen. Im Innenverhältnis Hörfunk - Fernsehfunke ist festgestellt worden, dass durch das publizistisch stärker wirkende Fernsehen (zur akustischen Aufnahme kommt die optische hinzu) 900 000 Teilnehmer in ihren Gewohnheiten vom Hörfunk auf Fernsehen umgestellt haben. Das sind, verglichen mit der Grundlage der Teilnehmer des Hörfunks von 16,43 Millionen nur 5,5 Prozent.

Ausgleichenderweise darf jedoch nicht die Tatsache vergessen werden, dass der Hörfunk von Oktober 1955 bis 30 September 1956 564 800 Neuanmeldungen zu verzeichnen hatte. Wenn man bedenkt, dass die 900 000 Fernseher in der Lage sind, auch das Hörfunkprogramm zu empfangen, so muss man die Neuanmeldungen den rund 16 Millionen Teilnehmern des Hörfunks hinzurechnen. Es ergibt sich dann, dass nahezu 17 Millionen Menschen in Deutschland von der publizistischen Macht des Rundfunks erfasst werden.